

# Statuten des Vereins Österreichische Gesellschaft für Soziale Arbeit

## § 1: Name, Sitz und Tätigkeitsbereich

1. Der Verein führt den Namen „Österreichische Gesellschaft für Soziale Arbeit“.
2. Er hat seinen Sitz in Wien und erstreckt seine Tätigkeit auf das gesamte Bundesgebiet.
3. Die Errichtung von Zweigvereinen ist nicht beabsichtigt.

## § 2: Zweck

Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, bezweckt die Weiterentwicklung von Theorie, Forschung und Lehre der Sozialen Arbeit.

Die Österreichische Gesellschaft für Soziale Arbeit sieht ihre Aufgabe darin,

- Den Austausch innerhalb der eigenen Disziplin, mit anderen Disziplinen und der Politik zu fördern.
- Eine Weiterentwicklung von Theorie, Empirie und Professionalität in der Sozialen Arbeit zu betreiben.
- Die Interessen der Sozialen Arbeit in der Wissenschafts- Hochschul- und Sozialpolitik zu vertreten.
- Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit zu präsentieren.
- Den Austausch von Wissen auf nationaler und internationaler Ebene zu fördern.
- Die Expertise der Fachwissenschaft Soziale Arbeit in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen.
- Die Anerkennung der Sozialen Arbeit als wissenschaftliche Disziplin und Profession zu fördern.

Die Österreichische Gesellschaft für Soziale Arbeit ist den Prinzipien der Sozialen Arbeit verpflichtet, wie sie in der global definition of social work (ifsw, iassw 2014)<sup>1</sup> ausformuliert sind und handelt unabhängig von Regierungen und politischen Parteien.

## § 3: Mittel zur Erreichung des Vereinszwecks

1. Der Vereinszweck soll durch die in den Abs. 2 und 3 angeführten ideellen und materiellen Mittel erreicht werden.

2. Als ideelle Mittel dienen

a. Beteiligung am gesellschaftlichen Diskurs mit wissenschaftlichen Expertisen und

---

<sup>1</sup> <https://www.ifsw.org/what-is-social-work/global-definition-of-social-work/>

Stellungnahmen in interdisziplinärer Zusammenarbeit und im Zusammenwirken von Theorie und Praxis

- b. Durchführung von Tagungen, Symposien und wissenschaftlichen Veranstaltungen
- c. Fachpublikationen von Skripten, Arbeitsunterlagen, Zeitschriften sowie Beiträge in Fachzeitschriften und Bücher
- d. Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften
- e. Wissensaustausch auf nationaler und internationaler Ebene
- f. Stellungnahmen zu hochschul-, wissenschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen
- g. Erarbeitung von Positionspapieren
- h. Erarbeitung von fachlichen Ausbildungsstandards
- i. Durchführung von Forschungsprojekten und Schulungen sowie von Veranstaltungen
- j. Erarbeitung von fachlichen Empfehlungen an Fördergeber\*innen, Social-Profit Organisationen, Gesetzgebung und Verwaltung
- k. Betrieb einer Homepage und sonstiger elektronischer Medien
- k. Einrichtung einer Bibliothek oder eines digitalen Literaturverzeichnisses
- l. Vernetzung mit anderen Ausbildungsorganisationen
- m. Mitgliedschaft in resp. Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Gesellschaften auf nationaler und internationaler Ebene

3. Die erforderlichen materiellen Mittel sollen aufgebracht werden durch

- a. Beitrittsgebühren und Mitgliedsbeiträge
- b. Subventionen und Förderungen
- c. Spenden, Sammlungen, Vermächtnisse und sonstige Zuwendungen
- d. Beiträge der Teilnehmer\*innen von Tagungen, Symposien, Schulungen, Aus- und Fortbildungsveranstaltungen etc.
- e. Verkauf von Publikationen, Fachartikeln und Schulungsunterlagen
- f. Erträge aus sonstigen unternehmerischen Tätigkeiten oder Unternehmensbeteiligungen
- g. Lukrierung von Drittmitteln
- h. Vermögensverwaltung
- i. Sponsor Gelder und Werbeeinnahmen

#### **§ 4: Gemeinnützigkeit gem. den §§ 34 ff. BAO**

Der Verein verfolgt die im Statut aufgezählten Zwecke ausschließlich und unmittelbar.

Eventuelle nicht im Sinne der §§ 34 ff. BAO begünstigte Zwecke sind den begünstigten Zwecken untergeordnet und werden höchstens im Ausmaß von 10 % der Gesamtressourcen verfolgt.

Zufallsgewinne dürfen ausschließlich zur Erfüllung der in der Satzung festgelegten begünstigten Zwecke verwendet werden.

Die wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe des Vereines treten mit abgabepflichtigen Betrieben derselben oder ähnlicher Art nicht in größerem Umfang, als dies bei Erfüllung der Vereinszwecke unvermeidbar ist, in Wettbewerb.

Die Mittel des Vereines dürfen ausschließlich für die begünstigten Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder des Vereines dürfen keine Gewinnanteile, und außerhalb des

Vereinszweckes bzw. ohne entsprechende Gegenleistung in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereines erhalten.

Bei Ausscheiden aus dem Verein und bei Auflösung des Vereines dürfen die Vereinsmitglieder nicht mehr als die eingezahlte Einlage und den gemeinen Wert ihrer Sachen erhalten. Die Rückzahlung von geleisteten Einlagen ist mit dem Wert der geleisteten Einlage begrenzt, die Rückgabe von Sacheinlagen mit dem gemeinen Wert zum Zeitpunkt der Rückgabe. Wertsteigerungen dürfen nicht berücksichtigt werden.

Es darf auch keine Person durch Verwaltungsausgaben, die dem Zweck des Vereines fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe oder nicht übliche Vergütungen (Gehälter) begünstigt werden.

Der Verein kann zur Zweckverfolgung Erfüllungsgehilfen im Sinne des § 40 Abs. 1 BAO heranziehen. Deren Wirken ist wie eigenes Wirken des Vereines anzusehen.

Der Verein kann Mittel als Zuwendungen an andere Einrichtungen weitergeben, im Ausmaß von unter 10% der gesamten Ausgaben oder unter Anwendung des § 40a Z. 1 BAO.

Der Verein kann unter Anwendung von § 40a Z. 2 BAO Lieferungen und Leistungen an andere, gem. den §§ 34 ff. BAO begünstigte Körperschaften erbringen. Diese Tätigkeit darf nur im Ausmaß von weniger als 50 % der Gesamttätigkeit des Vereines ausgeübt werden. An den Leistungsempfänger muss eine Verrechnung zu Selbstkosten erfolgen.

Der Verein kann teilweise oder zur Gänze für andere Körperschaften als Erfüllungsgehilfe gem. § 40 Abs. 1 BAO tätig werden.

## **§ 5: Arten der Mitgliedschaft**

1. Die Mitglieder des Vereins gliedern sich in ordentliche, außerordentliche und Ehrenmitglieder.

2. Ordentliche Mitglieder sind jene, die sich voll an der Vereinsarbeit beteiligen. Außerordentliche Mitglieder sind solche, die die Vereinstätigkeit vor allem durch Zahlung eines erhöhten Mitgliedsbeitrags fördern. Ehrenmitglieder sind Personen, die hierzu wegen besonderer Verdienste um den Verein vom Vereinsvorstand ernannt werden, Ehrenvorsitzende sind Personen, die wegen langjähriger, besonderer Verdienste um den Verein vom Vereinsvorstand ernannt werden.

## **§ 6: Erwerb der Mitgliedschaft**

1. Ordentliche Mitglieder des Vereins können alle natürlichen und juristischen Personen werden, die in Wissenschaft, Lehre oder Praxis der Sozialen Arbeit tätig sind und die Zwecke des Vereins unterstützen.

2. Außerordentliche Mitglieder können alle physischen oder juristischen Personen werden, die die Vereinszwecke unterstützen.

3. Über die Aufnahme von ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern entscheidet der Vorstand. Die Aufnahme kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden.

## **§ 7: Beendigung der Mitgliedschaft**

1. Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, bei juristischen Personen durch Verlust der Rechtspersönlichkeit, durch freiwilligen Austritt und durch Ausschluss.

2. Der Austritt kann nur zum Jahresende erfolgen. Er muss dem Vorstand mindestens 1 Monat vorher schriftlich mitgeteilt werden. Erfolgt die Anzeige verspätet, so ist sie erst zum nächsten Austrittstermin wirksam. Für die Rechtzeitigkeit ist das Datum der Postaufgabe maßgeblich.

3. Der Vorstand kann ein Mitglied ausschließen, wenn dieses trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung, unter Setzung einer angemessenen Nachfrist, länger als sechs Monate mit der Zahlung der Mitgliedsbeiträge im Rückstand ist. Die Verpflichtung zur Zahlung der fällig gewordenen Mitgliedsbeiträge bleibt hiervon unberührt.

4. Der Ausschluss eines Mitglieds aus dem Verein kann vom Vorstand auch wegen grober Verletzung anderer Mitgliedspflichten und wegen unehrenhaften Verhaltens verfügt werden.

5. Die Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft kann aus den im Abs. 4 genannten Gründen von der Generalversammlung über Antrag des Vorstands beschlossen werden.

## **§ 8: Rechte und Pflichten der Mitglieder**

1. Die Mitglieder sind berechtigt, an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen und die Einrichtungen des Vereins zu beanspruchen. Das Stimmrecht in der Generalversammlung, sowie das aktive Wahlrecht steht den ordentlichen und den Ehrenmitgliedern zu. Das passive Wahlrecht steht nur den ordentlichen Mitgliedern zu, die zugleich natürliche Personen sind.

2. Jedes Mitglied ist berechtigt, vom Vorstand die Ausfolgung der Statuten zu verlangen.

3. Mindestens ein Zehntel der Mitglieder kann vom Vorstand die Einberufung einer Generalversammlung verlangen.

4. Die Mitglieder sind in jeder Generalversammlung vom Vorstand über die Tätigkeit und finanzielle Gebarung des Vereins zu informieren. Wenn mindestens ein Zehntel der Mitglieder dies unter Angabe von Gründen verlangt, hat der Vorstand den betreffenden Mitgliedern eine solche Information auch sonst binnen vier Wochen zu geben.

5. Die Mitglieder sind vom Vorstand über den geprüften Rechnungsabschluss (Rechnungslegung) zu informieren. Geschieht dies in der Generalversammlung, sind die Rechnungsprüfer\*innen einzubinden.

6. Die Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen des Vereins nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, wodurch das Ansehen und der Zweck des Vereins Abbruch erleiden könnte. Sie haben die Vereinsstatuten und die Beschlüsse der Vereinsorgane zu beachten. Die ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder sind zur pünktlichen Zahlung der Beitrittsgebühr und der

Mitgliedsbeiträge in der von der Generalversammlung beschlossenen Höhe verpflichtet.

## **§ 9: Vereinsorgane**

Organe des Vereins sind die Generalversammlung (§§ 10 und 11), der Vorstand (§§ 12 bis 14), die Rechnungsprüfer\*innen (§ 15) und das Schiedsgericht (§ 16).

## **§ 10: Generalversammlung**

1. Die Generalversammlung ist die „Mitgliederversammlung“ im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Eine ordentliche Generalversammlung findet alle zwei Jahre statt.

2. Eine außerordentliche Generalversammlung findet auf

- a. Beschluss des Vorstands oder der ordentlichen Generalversammlung,
- b. schriftlichen Antrag von mindestens einem Zehntel der Mitglieder,
- c. Verlangen der Rechnungsprüfer\*innen (§ 21 Abs. 5 erster Satz VereinsG),
- d. Beschluss der/einer/eines Rechnungsprüfer\*innen (§ 21 Abs. 5 zweiter Satz VereinsG, § 11 Abs. 2 dritter Satz dieser Statuten),
- e. Beschluss einer/eines gerichtlich bestellten Kurator\*in (§ 11 Abs. 2 letzter Satz dieser Statuten)

binnen vier Wochen statt.

3. Sowohl zu den ordentlichen wie auch zu den außerordentlichen Generalversammlungen sind alle Mitglieder mindestens zwei Wochen vor dem Termin schriftlich, mittels Telefax oder per E-Mail (an die vom Mitglied dem Verein bekanntgegebene Fax-Nummer oder E-Mail-Adresse) einzuladen. Die Anberaumung der Generalversammlung hat unter Angabe der Tagesordnung, des Ortes und der Zeit sowie der Modalitäten der Durchführung (virtuell, hybrid, Präsenz) zu erfolgen. Die Einberufung erfolgt durch den Vorstand (Abs. 1 und Abs. 2 lit. a – c), durch die/eine/einen Rechnungsprüfer\*innen (Abs. 2 lit. d) oder durch eine/einen gerichtlich bestellten Kurator\*in (Abs. 2 lit. e).

4. Die Generalversammlung kann sowohl als virtuelle Versammlung ohne physische Anwesenheit der Teilnehmer\*innen, als auch als hybride Versammlung, bei der die Teilnehmer\*innen zwischen einer physischen und einer virtuellen Teilnahme entscheiden können, durchgeführt werden (vgl. § 1 VirtGesG). Ob eine virtuelle Versammlung, eine hybride Versammlung oder eine Präsenzversammlung durchgeführt wird, entscheidet das einberufende Organ.

5. Anträge zur Generalversammlung sind mindestens drei Tage vor dem Termin der Generalversammlung beim Vorstand schriftlich, mittels Telefax oder per E-Mail einzureichen.

6. Gültige Beschlüsse – ausgenommen solche über einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung – können nur zur Tagesordnung gefasst werden.

7. Bei der Generalversammlung sind alle Mitglieder teilnahmeberechtigt. Stimmberechtigt sind nur die ordentlichen und die Ehrenmitglieder. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Die Übertragung

des Stimmrechts auf ein anderes Mitglied im Wege einer schriftlichen Bevollmächtigung ist zulässig.

8. Die Generalversammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen beschlussfähig.

9. Die Wahlen und die Beschlussfassungen in der Generalversammlung erfolgen in der Regel mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Beschlüsse, mit denen das Statut des Vereins geändert oder der Verein aufgelöst werden soll, bedürfen jedoch einer qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen.

10. Den Vorsitz in der Generalversammlung führt die/der (im Zweifel: an Jahren ältere) Präsident\*in, in deren/dessen Verhinderung ihre/ihr/seine/sein Stellvertreter\*in. Wenn auch diese/dieser verhindert ist, so führt das an Jahren älteste anwesende Vorstandsmitglied den Vorsitz.

## **§ 11: Aufgaben der Generalversammlung**

Der Generalversammlung sind folgende Aufgaben vorbehalten:

- a. Beschlussfassung über den Voranschlag
- b. Entgegennahme und Genehmigung des Rechenschaftsberichts und des Rechnungsabschlusses unter Einbindung der Rechnungsprüfer\*innen
- c. Wahl und Enthebung der Mitglieder des Vorstands und der Rechnungsprüfer\*innen
- d. Wahl der in § 12 vorgesehenen Funktionsträger\*innen des Vorstands oder Beschlussfassung, diese Festlegung den gewählten Vorstandsmitgliedern zu überlassen
- e. Genehmigung von Rechtsgeschäften zwischen Rechnungsprüfer\*innen und Verein
- f. Entlastung des Vorstands
- g. Festsetzung der Höhe der Beitrittsgebühr und der Mitgliedsbeiträge für ordentliche und für außerordentliche Mitglieder
- h. Verleihung und Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft
- i. Beschlussfassung über Statutenänderungen und die freiwillige Auflösung des Vereins
- j. Beratung und Beschlussfassung über sonstige auf der Tagesordnung stehende Fragen

## **§ 12: Vorstand**

1. Der Vorstand besteht aus mindestens drei, maximal aus acht Mitgliedern. Aus dem Kreis der Mitglieder des Vorstands sind durch den Vorstand, sofern dies die Generalversammlung nicht vorgenommen hat (§ 11 lit d) nachstehende Funktionsträger\*innen zu wählen:

- Präsident\*in und Präsident\*in-Stellvertreter\*in; alternativ: Zwei Präsident\*innen
- Schriftführer\*in und Schriftführer\*in-Stellvertreter\*in
- Kassier\*in und Kassier\*in-Stellvertreter\*in.

2. Der Vorstand hat bei Ausscheiden eines gewählten Mitglieds und zur Verbesserung seiner Arbeit das Recht, ein anderes wählbares Vereinsmitglied bis zum Ende seiner Funktionsperiode mit Sitz und Stimme zu kooptieren. Die Gesamtzahl der Vorstandsmitglieder von acht Personen darf dadurch aber nicht überschritten werden. Fällt der Vorstand ohne Selbstergänzung durch Kooptierung überhaupt oder auf unvorhersehbar lange Zeit aus, so ist jede/jeder

Rechnungsprüfer\*in verpflichtet, unverzüglich eine außerordentliche Generalversammlung zum Zweck der Neuwahl eines Vorstands einzuberufen. Sollten auch die Rechnungsprüfer\*innen handlungsunfähig sein, hat jedes ordentliche Mitglied, das die Notsituation erkennt, unverzüglich die Bestellung einer/eines Kurator\*in beim zuständigen Gericht zu beantragen, der umgehend eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen hat.

3. Die Funktionsperiode des Vorstands beträgt zwei Jahre; Wiederwahl ist möglich. Die Funktionsperiode des/der Vorsitzenden beträgt maximal zehn Jahre. Jede Funktion im Vorstand ist persönlich auszuüben.

4. Der Vorstand wird von (einem/einer) der/dem Präsident\*in(nen), bei Verhinderung von der/dem Stellvertreter\*in, schriftlich oder mündlich einberufen. Ist auch diese/dieser auf unvorhersehbar lange Zeit verhindert, darf jedes sonstige Vorstandsmitglied den Vorstand einberufen.

5. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn alle seine Mitglieder eingeladen wurden und mindestens die Hälfte von ihnen anwesend ist. Die Vorstandssitzung kann sowohl als virtuelle Versammlung ohne physische Anwesenheit der Teilnehmer\*innen, als auch als hybride Versammlung, bei der die Teilnehmer\*innen zwischen einer physischen und einer virtuellen Teilnahme entscheiden können, durchgeführt werden (vgl. § 1 VirtGesG). Ob eine virtuelle Versammlung, eine hybride Versammlung oder eine Präsenzversammlung durchgeführt wird, entscheidet das einberufende Organ.

6. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der/des Präsident\*in den Ausschlag, sind zwei Präsident\*innen gewählt jedoch nur, wenn sie gleich abgestimmt haben, ansonsten der Antrag als abgelehnt gilt.

7. Den Vorsitz führt die/der (im Zweifel: an Jahren ältere) Präsident\*in, bei Verhinderung die/der Stellvertreter\*in. Ist auch diese/dieser verhindert, obliegt der Vorsitz dem an Jahren ältesten anwesenden Vorstandsmitglied oder jenem Vorstandsmitglied, das die übrigen Vorstandsmitglieder mehrheitlich dazu bestimmen.

8. Außer durch den Tod und Ablauf der Funktionsperiode (Abs. 3) erlischt die Funktion eines Vorstandsmitglieds durch Enthebung (Abs. 9) und Rücktritt (Abs. 10).

9. Die Generalversammlung kann jederzeit den gesamten Vorstand oder einzelne seiner Mitglieder entheben. Die Enthebung tritt mit Bestellung des neuen Vorstands bzw. Vorstandsmitglieds in Kraft.

10. Die Vorstandsmitglieder können jederzeit schriftlich ihren Rücktritt erklären. Die Rücktrittserklärung ist an den Vorstand, im Falle des Rücktritts des gesamten Vorstands an die Generalversammlung zu richten. Der Rücktritt wird erst mit Wahl bzw. Kooptierung (Abs. 2) eines Nachfolgers wirksam. Ein Rücktritt nur von der übernommenen Funktion ist nicht möglich.

### **§ 13: Aufgaben des Vorstands**

Dem Vorstand obliegt die Leitung des Vereins. Er ist das „Leitungsorgan“ im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Ihm kommen alle Aufgaben zu, die nicht durch die Statuten einem

anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. In seinen Wirkungsbereich fallen insbesondere folgende Angelegenheiten:

1. Einrichtung eines den Anforderungen des Vereins entsprechenden Rechnungswesens mit laufender Aufzeichnung der Einnahmen/Ausgaben und Führung eines Vermögensverzeichnisses als Mindestanfordernis;
2. Erstellung des Jahresvoranschlags, des Rechenschaftsberichts und des Rechnungsabschlusses;
3. Vorbereitung und Einberufung der Generalversammlung in den Fällen des § 9 Abs. 1 und Abs. 2 lit. a – c dieser Statuten;
4. Information der Vereinsmitglieder über die Vereinstätigkeit, die Vereinsgebarung und den geprüften Rechnungsabschluss;
5. Verwaltung des Vereinsvermögens;
6. Aufnahme und Ausschluss von ordentlichen und außerordentlichen Vereinsmitgliedern;
7. Aufnahme und Kündigung von Angestellten des Vereins.

#### **§ 14: Besondere Obliegenheiten einzelner Vorstandsmitglieder**

1. Die/der Präsident\*in(nen) führt/führen die laufenden Geschäfte des Vereins. Die/der Schriftführer\*in unterstützt die/den Präsident\*in(nen) bei der Führung der Vereinsgeschäfte.
2. Die/der Präsident\*in vertritt den Verein nach außen. Sind zwei Präsident\*innen gewählt, vertreten sie den Verein jeweils einzeln. Schriftliche Ausfertigungen des Vereins bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Unterschriften der/des(eines/einer) Präsident\*in und der/des Schriftführer\*in, in Geldangelegenheiten (vermögenswerte Dispositionen) der/des(eines/einer) Präsident\*in und Kassier\*in. Rechtsgeschäfte zwischen Vorstandsmitgliedern und Verein bedürfen der Zustimmung des Vereinsvorstands.
3. Rechtsgeschäftliche Bevollmächtigungen, den Verein nach außen zu vertreten bzw. für ihn zu zeichnen, können ausschließlich von den in Abs. 2 genannten Vorstandsmitgliedern erteilt werden.
4. Bei Gefahr im Verzug ist die/der(ein/eine) Präsident\*in berechtigt, auch in Angelegenheiten, die in den Wirkungsbereich der Generalversammlung oder des Vorstands fallen, unter eigener Verantwortung selbständig Anordnungen zu treffen; im Innenverhältnis bedürfen diese jedoch der nachträglichen Genehmigung durch das zuständige Vereinsorgan.
5. Die/der (im Zweifel: an Jahren ältere) Präsident\*in führt den Vorsitz in der Generalversammlung und im Vorstand.
6. Die/der Schriftführer\*in führt die Protokolle der Generalversammlung und des Vorstands.
7. Die/der Kassier\*in ist für die ordnungsgemäße Geldgebarung des Vereins verantwortlich.
8. Im Fall der Verhinderung treten an die Stelle der/des Präsident\*in, der/des Schriftführer\*in oder der/des Kassier\*in ihre Stellvertreter\*innen.

## **§ 15: Rechnungsprüfer\*innen**

1. Zwei Rechnungsprüfer\*innen werden von der Generalversammlung auf die Dauer von 2 Jahren gewählt. Wiederwahl ist möglich. Die Rechnungsprüfer\*innen dürfen keinem Organ – mit Ausnahme der Generalversammlung – angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Prüfung ist.
2. Den Rechnungsprüfer\*innen obliegt die laufende Geschäftskontrolle sowie die Prüfung der Finanzgebarung des Vereins im Hinblick auf die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung und die statutengemäße Verwendung der Mittel. Der Vorstand hat den Rechnungsprüfer\*innen die erforderlichen Unterlagen vorzulegen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die Rechnungsprüfer\*innen haben dem Vorstand über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.
3. Rechtsgeschäfte zwischen Rechnungsprüfer\*innen und Verein bedürfen der Genehmigung durch die Generalversammlung. Im Übrigen gelten für die Rechnungsprüfer\*innen die Bestimmungen des § 12 Abs. 8 bis 10 sinngemäß.

## **§ 16: Schiedsgericht**

1. Zur Schlichtung von allen aus dem Vereinsverhältnis entstehenden Streitigkeiten ist das vereinsinterne Schiedsgericht berufen. Es ist eine „Schlichtungseinrichtung“ im Sinne des Vereinsgesetzes 2002 und kein Schiedsgericht nach den §§ 577 ff ZPO.
2. Das Schiedsgericht setzt sich aus drei ordentlichen Vereinsmitgliedern zusammen. Es wird derart gebildet, dass ein Streitteil dem Vorstand ein Mitglied als Schiedsrichter\*in schriftlich namhaft macht. Über Aufforderung durch den Vorstand binnen sieben Tagen macht der andere Streitteil innerhalb von 14 Tagen seinerseits ein Mitglied des Schiedsgerichts namhaft. Nach Verständigung durch den Vorstand innerhalb von sieben Tagen wählen die namhaft gemachten Schiedsrichter\*innen binnen weiterer 14 Tage ein drittes ordentliches Mitglied zum/zur Vorsitzenden des Schiedsgerichts. Bei Stimmgleichheit entscheidet unter den Vorgeschlagenen das Los. Die Mitglieder des Schiedsgerichts dürfen keinem Organ – mit Ausnahme der Generalversammlung – angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Streitigkeit ist.
3. Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidung nach Gewährung beiderseitigen Gehörs bei Anwesenheit aller seiner Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit. Es entscheidet nach bestem Wissen und Gewissen. Seine Entscheidungen sind vereinsintern endgültig.

## **§ 17: Freiwillige Auflösung des Vereins**

1. Die freiwillige Auflösung des Vereins kann nur in einer extra zu diesem Zweck einberufenen Generalversammlung und nur mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden.
2. Diese Generalversammlung hat auch – sofern Vereinsvermögen vorhanden ist – über die Abwicklung zu beschließen. Insbesondere hat sie eine/einen Abwickler\*in zu berufen und Beschluss darüber zu fassen, wem dieser das nach Abdeckung der Passiven verbleibende

Vereinsvermögen zu übertragen hat. Bei freiwilliger oder behördlicher Auflösung des Vereines oder bei Wegfall des bisherigen begünstigten Vereinszweckes ist das nach Abdeckung der Passiva verbleibende Vereinsvermögen für gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 34 ff. Bundesabgabenordnung zu verwenden. (Soweit möglich und erlaubt, soll es dabei Institutionen zufallen, die gleiche oder ähnliche Zwecke wie dieser Verein verfolgen.)